

ALTERNATIVVORSCHLÄGE ZU DEN WINDKRAFTANLAGEN AUF DER BUOCHER HÖHE

HANS-JOACHIM SPIES, UTE WILKINSON, JÜRGEN HAAG

Von den Befürwortern der Standortplanungen für den Ausbau der Windenergie werden immer drei Argumente ins Feld geführt:

1. Wir wollen die Energiewende aktiv mitgestalten und unterstützen.
2. Wir wollen die Windkraft nicht nur national, sondern auch standortnah, regional ausbauen.
3. Wir verstecken uns nicht hinter anderen. Für uns gilt nicht das Sankt Floriansprinzip.

Im Folgenden werden wir das Gegenteil aufzeigen. Wir werden zeigen, dass die Planungen in der Region Stuttgart die Energiewende eher behindern als fördern und dass es auch in Baden- Württemberg viel bessere und sinnvollere Standorte gibt als ausgerechnet die vom Planungsverband ausgemachten 96 Standorte in der bevölkerungsreichsten und gleichzeitig windarmen Region Stuttgart.

Wir werden weiterhin darstellen, dass der Vorwurf des Sankt Floriansprinzips gerade nicht zutrifft, sondern der regionale Ausbau der Windenergie wirtschaftlich ärmeren Regionen in Deutschland Chancen nimmt und damit den Länderfinanzausgleich zu Lasten Baden-Württembergs weiter zementiert.

Am Schluss unserer Ausführungen errechnen wir für Sie, was an Investitionen in Photovoltaik nötig ist, um vor Ort die Windkraftträder 1:1 zu ersetzen.

Auch hierbei beweisen wir erneut, dass es sowohl ökologisch als auch ökonomisch sinnvollere Alternativen gibt.

1. DIE ENERGIEWENDE

Kein Land auf der Erde ist bei der Energiewende weiter gekommen als Deutschland. Über 40% aller bisher produzierten Solarzellen und Photovoltaikanlagen sind im relativ kleinen und relativ sonnenarmen Deutschland verbaut.

In Deutschland stehen heute schon 23.000 Windräder. Das ist ein klarer 3. Platz hinter den riesigen Flächenstaaten USA und China.

7500 Biogasanlagen erzeugen in Deutschland Strom. Wieder mit klarem Abstand die Nr.1 in der Welt.

Alle auch noch so ambitionierten Planungen zum Einsatz von erneuerbarer Energie sind längst übererfüllt.

Das führt natürlich zu politischen Reaktionen und heftig geführten Diskussionen rund um das EEG-Gesetz.

Dazu nur zwei Zitate von Umweltminister Peter Altmeier und unserer Bundeskanzlerin:

Peter Altmeier: "Es gibt momentan zu viele Planungen für Windkraft."

Angela Merkel: "Wenn der Wind im Norden besser weht, müssen wir doch in der Lage sein, die Windenergie dort auszubauen, wo die besseren Rahmenbedingungen sind."

Ein gewisser Durchbruch wurde beim letzten Energiegipfel erzielt, als alle Ministerpräsidenten gemeinsam mit Frau Merkel und Herrn Altmeier sich auf zwei Eckpunkte verständigt haben:

- Die Windkraft wird vornehmlich im Norden ausgebaut mit einem besonderen Schwerpunkt auf die Windparks in der Nordsee.
- Es wird ab sofort übergreifend geplant und der weitere Ausbau der erneuerbaren Energie wird koordiniert mit der Errichtung der Überlandnetze und der Energiespeicher.

Die Logik dahinter ist klar: Was passiert mit unserer Stromerzeugung beim weiteren Ausbau erneuerbarer Energie und der gleichzeitigen Abschaltung der Kernkraftwerke an einem frostigen, dunklen und windschwachen Wintertag? Antwort: Wir brauchen Anlagen mit Grundlastfunktion und das sind neben konventionellen Kraftwerken eben auch die Windparks in der Nordsee, weil dort der Wind garantiert ständig weht.

Dazu liefert ein solches Windrad oder auch ein Windrad an ausgewählten, küstennahen Standorten so viel Energie wie 5-8 Windräder auf der Buoche Höhe.

Genauso wie die Subventionen für die Solarstromanlagen werden auch die Subventionen für die Windenergie in absehbarer Zeit zurückgefahren. Aber selbst dann bleiben die norddeutschen Standorte noch profitabel, während die windschwachen Anlagen im Süden ins Defizit rutschen.

Fazit:

Niemand, der die Energiewende ernst nimmt, braucht Standorte in der Region Stuttgart. Diese Standorte erzeugen nicht nur bei der Bürgerinitiative "Schützt die Buo-cher Höhe" Gegenwind, sondern widersprechen auch den Beschlüssen des Energiegipfels und schaden daher der Energiewende mehr als sie nützen.

2. WIR BRAUCHEN DIE WINDKRAFT NICHT NUR NATIONAL, SONDERN AUCH STANDORTNAH UND REGIONAL.

Hierzu gibt es einen interessanten Vorschlag vom inzwischen verstorbenen Ökopapst Hermann Scheer aus Waiblingen und dem ehemaligen FDP Chef Walter Döring, der in seiner jetzigen Funktion als stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Windreich AG, ein Windlobbyist wie aus dem Bilderbuch ist.

Beide sprechen sich dafür aus, die regionalen Planungen für den weiteren Ausbau mit Windkraftträdern auf die Standorte rechts und links der A7 und sicher auch der A81 zu konzentrieren. Beide argumentieren bei ihrem Vorschlag mit den gleichen Punkten, die wir von der Bürgerinitiative immer anführen, nämlich mit der viel besseren Windeffizienz, mit der Schonung von Mensch und Natur und mit der um Dimensionen besseren Standortbedingung für den Bau, den Betrieb, den Service und auch den Abtransport des Stroms. Wahrscheinlich hätten Hermann Scheer zu seinen Lebzeiten und Walter Döring kein zweites Thema gefunden, bei dem sie gleicher Meinung waren. Umso bemerkenswerter ist dieser Vorschlag. Warum greift die Politik im Land diesen Vorschlag nicht auf und setzt ihn um?

Gerade unser Ministerpräsident und unser Landesumweltminister haben ja bei Stuttgart 21 die Bürgergesellschaft gefordert. Wir werden sie von der Bürgerbewegung "Schützt die Buo-cher Höhe" auffordern, zu diesem Vorschlag Stellung zu beziehen.

3. DAS SANKT FLORIANSPRINZIP

Beigefügt ist ein pro Windkraft geschriebener Artikel in der FAZ über ein kleines Dorf in Schleswig-Holstein, welches mit der Windkraft sein Glück gemacht hat. Übergreifend gedacht, haben wir in Deutschland nur einen Rohstoff von höchster Qualität und Quantität, nämlich die Windbedingungen im Norden. Diesen Rohstoff gilt es intelligent zu nutzen und mit ihm eine win/win Situation für uns alle zu schaffen.

Dazu passt am besten ein Zitat von Günther Oettinger, heutiger EU-Energiekommissar:

"Rheinland-Pfalz (und auch Baden-Württemberg, die Verf.) sollen lieber Späburgunder exportieren und Windenergie importieren."

Diesem ungewohnt witzigen Zitat unseres ehemaligen Ministerpräsidenten ist eigentlich nichts mehr hinzuzufügen, außer folgender Schlussbemerkung:

Den lokalen Politikern, die so vehement den Ausbau der Windenergie fordern und so nebenbei mit leichter Hand unsere Natur zerstören, geht es nicht um grüne Politik, sondern ausschließlich um die momentan noch prall gefüllten Subventionstöpfe.

Gibt es Alternativen zu den geplanten Windrädern auf der Buocher Höhe, welche sowohl die Energiewende aktiv vorantreiben als auch für alle Beteiligten eine Win-Win-Situation darstellen?

Es gibt Alternativen und die für alle Beteiligten sinnvollste ist der weitere Ausbau der Fotovoltaik in unsere Region. Die Fa. Enevio GmbH (Energieberatung) hat in einem Entwurf ein mögliches Alternativmodell für die Stadt Waiblingen skizziert:

- Eine Weinregion hat mehr Sonne als Wind Sonnenenergie anstatt Wind nutzen
- Anstatt monolithische Großanlage: Besser bürgernahes Konzept zum Ausbau der Photovoltaik-Produktion direkt auf den Dächern der Verbraucher

Vorteile:

- Nutzung der besten verfügbaren regenerativen Quellen der Region
- Produktion direkt „frei-Haus“ möglich – Eigenverbrauch des Stroms durch die Bürger – nur Überschuss-Strom wird noch über EEG-eingespeist ins Netz – Entlastung der Verteilnetze – deutlich geringerer Invest ins Netz notwendig
- Stadt Waiblingen ist „First Mover“ als „grüne Energie-Community“
- Stadtwerke Waiblingen entwickelt sich zum zukunftsfähigen Energie-Dienstleister
- Größere Wertschöpfung in der Region (z.B. Handwerker, Banken)
- Die Bürger können selber aktiv die Energiewende mitgestalten und profitieren dabei noch direkt selber wirtschaftlich

Wie könnte das konkreter aussehen? Hierzu ein einfaches Zahlenbeispiel zur Erläuterung des Ansatzes:

Annahme: Die geplanten 5 Windanlagen mit je 3MW müssen durch lokale PV-Anlagen ersetzt werden, d.h. eine geschätzte jährliche Produktion von 18GWh muss ersetzt werden.

Das entspricht rund 18MW Fotovoltaik, z.B. 3000 kleinen 6kW-Dachanlagen oder 1800 mittleren 10kW-Dachanlagen.

Die Stadt Waiblingen hat rund 17.000 Haushalte, je nach Anlagengröße sollten 10-20% der Haushalte im Stadtgebiet ggf. aber auch der umliegenden Gemeinden mitmachen.

Für die Bürger könnte das über Investanreize interessant gestaltet werden. Dies könnte entweder über einen Investzuschuss oder in Kooperation mit Banken (KfW, KSK, VoBA) durch günstige Finanzierungen erfolgen. Z.B. würde ein 20%-Investzuschuss die Stadt lediglich rund 4-5 Mio. € kosten und das für 18MW Fotovoltaik (das entspricht ungefähr den Kosten eines einzigen Windrads)! Alleine die wirtschaftlichen Vorteile bei den Stadtwerken überkompensieren diese Kosten.

Gegebenenfalls wäre auch eine Contracting-Lösung der Stadtwerke denkbar, in dem Dächer gepachtet und PV-Anlagen installiert werden. Der Strom würde dann direkt an die Bürger verkauft werden. Die Investkosten lägen dabei in der Vollversion bei rund 18 Mio. €, jedoch bei einer höheren Rendite durch den Direktverkauf an die Kunden.

4. GESAMTFAZIT

Es gibt also Alternativen, die unter Berücksichtigung von ökologischen, wirtschaftlichen und politischen Aspekten besser sind als das bisher angedachte Konzept!